

Referat von Walter Listl auf der Beratung von Genossinnen und Genossen am 19.12.2015 in Hann.-Münden zu Einschätzung des 21. Parteitages der DKP

Ellen Weber, bis 1989 stellvertretende Parteivorsitzende, später Mitglied im Parteivorstand, auch heute noch aktiv in der Friedensbewegung und Mitglied im Bundesausschuss Friedensratschlag schreibt an Patrik Köbele zum Grund ihrer Nichtteilnahme am Parteitag:

„...Es ist die Sprachlosigkeit zwischen Teilen der Partei, die inzwischen gefüllt ist durch unsäglich verengende Radikalismen. Durch Selbstisolierung, durch Stalindebatten, durch Verdächtigungen der Genossinnen und Genossen, die das Nachdenken über neue und ungelöste Fragen der Politik und der Theorie der Partei angeregt und in die Diskussion gebracht haben....“.

Der Parteitag hat Ellens Kritik bestätigt.

Es war ein Parteitag der Positionierung in wichtigen Fragen außerhalb von Parteiprogramm und Statut, der Revision bisheriger politischer Positionen der DKP und der Ausgrenzung derer, die „Parteiopposition“ genannt werden.

Und es war ein Parteitag der falschen Themen.

Wichtige Beschlüsse und Orientierungen des Parteitags befinden sich mindestens in einem Spannungsverhältnis zu Programm, Statut und bisheriger politischer Positionen der DKP.

Zwei davon will ich benennen.

Mit dem Beschluss des Leitantrages wurde die DKP als marxistisch-leninistische Partei definiert.

Dies widerspricht dem Parteiprogramm und dem Statut. Darin heißt es:

“... Die DKP orientiert sich an den Ideen von Marx, Engels und Lenin“ (DKP-Programm)

„... Als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung orientiert sich die DKP an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Weiterentwicklung sie fördert...“ (Statut der DKP).

Die Argumentation, die Formulierung marxistisch-leninistische Partei meine nichts anderes als die Formulierungen im Programm und Statut wirft die Frage auf, warum man dann so vehement für diese neue Formulierung eingetreten ist.

Es war ja fast das zentrale Diskussionsthema des Parteitages.

Im Ergebnis haben von den 160 Delegierten 61 gegen diesen Passus gestimmt, und 41 gegen den LA, darunter auch die Genossin Nina Hager, die wie andere auch vorschlug, den Leitantrag wegen dieser Meinungsverschiedenheiten nicht zu verabschieden.

Eine besondere Note bekam diese mehrheitliche Zustimmung zu dieser Formulierung, weil H.P. Brenner auf der 12. PV-Tagung Stalin als Kronzeugen für den ML aufrief und die Lektüre von Stalin Texten empfahl.

Das war eine deutliche Abkehr von der Position des Parteiprogramms, in dem Massenverfolgung, Repression und Verbrechen, die mit der Person Stalin verbunden sind, als Verletzung sozialistischer Prinzipien kritisiert werden.

Aus gutem Grund hat die DKP mit dem Parteiprogramm von 2006 und in ihrem Statut darauf verzichtet, den Marxismus-Leninismus als ihre weltanschauliche Grundlage zu bezeichnen, weil dieser Begriff eng verbunden ist mit der Missachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, mit Repression, Massenverfolgung und Verbrechen.

Das war vermutlich auch einer der Gründe, warum der heutige Parteivorsitzende schon damals gegen das Parteiprogramm stimmte.

Im Parteiprogramm heißt es dazu:

“... Bisherige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen daraus (aus diesen Repressionen und Verbrechen W.L.) wurden Bestandteildes Selbstverständnisses der DKP; dieser Prozess wird weitergeführt...”

Mit diesem Weiterführen war aber nicht gemeint, Stalin und sein Parteiverständnis wieder in die Bildungsarbeit und Parteiidentität einzubringen, wie der stellvertretende DKP-Vorsitzende H.P. Brenner dies auf der 12. PV-Tagung gemacht hat.

Dass es sich bei der Diskussion über ML nicht um Wortklauberei oder semantische Spitzfindigkeiten handelt, macht deutlich, was derzeit in der Geschichtskommission der DKP behandelt wird.

Auf ihrer Sitzung vom 22.11.15 war u.a. anwesend Michael Kubi, ein Vertreter der Kommunistischen Initiative.
Beschlossen wurde, dass er zum Thema „100 Jahre Oktoberrevolution“ referieren wird.

Auch das gegen geltende Beschlüsse der DKP.

Beschluss der 7. PV-Tagung der DKP, 11./12. Juli 2009:

„Die Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« ist mit der Politik und dem Statut der DKP nicht vereinbar.

*Die DKP als eigenständige marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung steht nicht zur Disposition; nicht für ein Aufgehen in einer linken Strömungspartei, aber auch nicht als Steinbruch für die Schaffung einer nach dem Verständnis der Initiatoren der »Kommunistischen Initiative« „einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei“ *)*

*Das Selbstverständnis der »Kommunistischen Initiative« ist die „eines organisierten Sammelbeckens aller marxistisch-leninistischen Kräfte“ *), mit dem Ziel der Formierung einer „einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei“ *) in Deutschland. Als Voraussetzung wird in dem Aufruf die „Notwendigkeit des Kampfes .. gegen jede Form des Revisionismus“ *) benannt.*

*Da die DKP in dem Aufruf „Schafft die Kommunistischen Initiative in Deutschland“ als revisionistische Partei charakterisiert wird, die mit der „Annahme eines revisionistischen Parteiprogramms .. einer noch offener revisionistischen Politik und Programmatik eine Basis gab“ *), beinhaltet die Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« demzufolge den Kampf gegen die Programmatik und Politik der DKP....
Deshalb sind eine Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« und die Mitgliedschaft in der DKP nicht vereinbar.*

Wir fordern alle Mitglieder der DKP auf, auf der Grundlage des Programms der DKP und der von den Parteitagern der DKP beschlossenen politischen Grundsätze um die politische, ideologische und organisatorische Stärkung der DKP zu ringen.

*(Anmerkung: alle mit *) gekennzeichneten Zitate sind aus „Aufruf: Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!“)*

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0“

Als Nina Hager und andere vor der Wiederwahl von H.P. Brenner warnten, weil er diese die ML – Debatte angezettelt habe, beeilte sich Partik Köbele darauf hinzuweisen, dass er es

war, der diese Debatte angestoßen habe.
Das hat er auf der PV-Tagung am Wochenende erneut für sich reklamiert.

Das war ein Konkurrieren darum, wer der Urheber eines falschen Parteitagsthemas ist.

Neben der Neudefinition des Charakters der Partei – als marxistisch-leninistisch und der offenen Zusammenarbeit mit der stalinistischen Initiative gab es eine weitere Korrektur unserer bisherigen Programmatik.

In den Thesen von P. Köbele und H.P. Brenner (UZ 21.8.15) und in der Beschlussfassung des 21. Parteitages gibt es eine Absage an unsere bisherige Europapolitik und den EU-Positionen des Parteiprogramms.

Schon im Referat kündigte der Parteivorsitzende an, es gehe beim Thema EU um „...eine andere Nuancierung, wie sie ... im Parteiprogramm von 2006 formuliert ist...“ Und weiter, es sei eine Illusion, dass die EU in ihrer Gesamtheit fortschrittlich reformierbar wäre, wenn man zu den angeblich humanistischen Wurzeln der EU zurückkehre.

Aber – nichts davon steht so im Parteiprogramm und es bleibt Köbeles Geheimnis, wem er diese Position unterstellt.
Auch hier die beliebte Methode, einen Pappkameraden aufzubauen um ihn mit schwachen Hieben niederzustrecken.

Was steht im Parteiprogramm:

„Die Europäische Union ... Europa wird den Profit- und Machtinteressen des Transnationalen Kapitals unterworfen, ohne dass die widerstreitenden Interessen der transnationalen und der nationalen Bourgeoisien aufgehoben werden. Deshalb ist der Integrationsprozess ein Feld des Konkurrenzkampfes und der politischen Konflikte. Die europäische Integration bleibt ein Feld der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Kräften der Bourgeoisie, vor allem aber auch des Klassenkampfes

Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden.“

Was hat dagegen der 21. Parteitag beschlossen:
(Antrag LA 202 aus Stuttgart in der beschlossenen Fassung)

„Wir kämpfen für die Überwindung der EU und für einen Austritt der BRD aus der EU...“

Nun ist es statuarisch nicht verboten, etwas Anderes zu beschließen, als im Parteiprogramm steht, und wenn´s der größte Unsinn ist.

Aber die Frage wäre zu beantworten, wie politikfähig ist die DKP mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der EU?

Die Forderung nach Überwindung der EU und dem BRD-Austritt aus der EU geht meilenweit vorbei am derzeitigen politischen Diskurs der linken und progressiven Kräfte.

Schlimmer noch, diese Position ist kompatibel mit rechtspopulistischen Auffassungen zu diesem Thema:

Raus aus der EU und EU zerschlagen.

Während in allen Organisationen der politischen Linken, in Gewerkschaften und z.B. in der Widerstandsbewegung gegen TTIP oder blockupy die Fragen eines alternativen Europas, "ein Europa von unten", "Europa neu begründen". „Neustart Europas“ diskutiert wird, wird in den Thesen von Patrik Köbele und H.P. Brenner auf der theoretischen Konferenz zur Vorbereitung des Parteitages „...gegen die Illusion von der Neugründung Europas...“ polemisiert.

Aber -

Die Massenbewegung gegen TTIP – über drei Millionen Unterschriften, 250.000

Demonstrierende am 10. Oktober 2015 in Berlin -

Was ist das anderes als der Versuch „Einfluss auf diese Entscheidungen der EU zu nehmen“ wie es im Parteiprogramm heißt.

Auch die Forderung nach legalen Fluchtwegen der schutzsuchenden Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten ist der notwendige Versuch, auf die EU Einfluss zu nehmen.

Die Bestrebungen, Griechenland im Kampf solidarisch zur Seite zu stehen gegen das gegen Austeritätsdiktat der EU-Institutionen ist natürlich der Versuch, die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken.

Man kann ja der Meinung sein, dass dies alles illusionär ist, dann hat man aber in diesen Bewegungen nichts zu suchen und sollte einfach weiter standhaft für die Diktatur des Proletariats eintreten.

Die beschlossene Forderung nach Austritt der BRD aus der EU und der Verzicht auf den Kampf um Veränderungen in der EU karikiert unser Parteiprogramm und isoliert uns von diesen Bewegungen.

Die Beschlusslage des 21. Parteitages der DKP zur EU ist eine Katastrophe.

Patrik zitiert falsch auf der PV-Tagung:

„... In Kapitel 3 der Erklärung (er meint die ehemaligen 5 PV-Mitglieder. WL.) wird formuliert, dass „die Beschlusslage des 21. Parteitags zur EU eine Katastrophe (ist)“, sie würde den „Verzicht auf den Kampf um Veränderungen in der EU“ beinhalten und damit das Parteiprogramm karikieren.

In der Stellungnahme heißt es tatsächlich:

“ Die beschlossene Forderung nach Austritt der BRD aus der EU und der Verzicht auf den Kampf um Veränderungen in der EU karikiert unser Parteiprogramm und isoliert uns von diesen Bewegungen.

Die Beschlusslage des 21. Parteitages der DKP zur EU ist eine Katastrophe...“

Dringend diskussionsnotwendige Fragen wurden auf diesem Parteitag umgangen:

- Welche Übergänge sind denkbar zu einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung?
- Was heißt antimonopolistische Demokratie, Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt heute in Zeiten der „marktkonformen Demokratie“ und dem Diktat internationaler Finanzmärkte und strukturbestimmender transnationalen Konzerne?
- Ein Nachdenken über Transformation, Wirtschaftsdemokratie, Bündelung

- antimonopolistischer Kräfte, der Bildung eines anti-neoliberalen Blockes,
- der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, Neustart Europas, Veränderungen in der Parteienlandschaft Europas (Portugal, GR, Spanien...), diese Debatte findet derzeit in fast allen linken und antikapitalistischen Strukturen statt.

Auf dem Parteitag – Fehlanzeige!

- Wie und was kann die Linke hierzulande von SYRIZA, PODEMOS, der Izquierda Unida oder dem wahlerfolgreichen Linksbündnis in Portugal lernen?
- Wie können Kräfte bei uns zusammengeführt werden?
- Wie kann der Widerstand gegen den neoliberalen Sparkurs transnationalisiert werden?

Auf dem Parteitag - Fehlanzeige!

Statt dessen wird auf der PV-Tagung am vergangenen Wochenende in Auswertung des Parteitages und in Auseinandersetzung mit unseren Positionen im Referat von Patrik betont:

“Wer sich von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats verabschiedet, verabschiedet sich vom Sozialismus.“

Wenn der Sozialismus in diesen Wortkostümen des vorletzten Jahrhunderts daherkommt, wenn der Austritt der BRD aus der EU für eine politikfähige Position gehalten wird und wenn man zum stalinschen Verständnis des Marxismus-Leninismus zurückkehrt dann wird diese Partei zu einem kommunistischen Traditionsverein, der sich selbst genügt.

Ein Beispiel, wie Kräfte nicht zusammengeführt werden, war der Diskussionsbeitrag von Lucas Zeise zum Thema Friedensbewegung.

Laut Handlungsorientierung ja ein zentrales Arbeitsfeld der DKP.

Mit Falschaussagen und Halbwahrheiten wurde „die Friedensbewegung“ abgewatscht:

Sein Beitrag gipfelte in der Behauptung, die Friedensbewegung selbst behindere die Mobilisierung gegen Krieg.

Die Friedensbewegung habe den Krieg gegen Afghanistan als „Auslandseinsatz“ verharmlost und sich bei den Kriegen gegen Libyen und Syrien zögerlich verhalten.

Man fragt sich, in welcher Friedensinitiative Lucas Zeise Erfahrungen dieser Art gemacht hat. Den Krieg gegen Afghanistan hat „die Friedensbewegung“ immer als solchen bezeichnet und was die „Zögerlichkeit“ bei den anderen Konflikten angeht – Diese Friedensbewegung kann man nicht per Knopfdruck anschalten, denn sie setzt sich aus sehr unterschiedlichen Spektren zusammen, deren Aktivität eben nicht herbeibesprochen werden kann.

Es war ein Parteitag der falschen Themen!

Und traf ein Diskussionsredner mal das richtige Thema, wie Lucas Zeise, dann waren die Aussagen falsch.

Und - es war ein Parteitag der Ausgrenzungen:

Seit dem 20. Parteitag wird versucht andere Meinungen in der Partei als "parteischädigend" darzustellen.

In einer Erklärung des Sekretariats, veröffentlicht am 13.9.2013 in der UZ heißt es: Genoss*innen, die angeblich "die Diskussion und eine eigene Praxis zur Zeit neben oder gar außerhalb unserer Strukturen organisieren" wurden aufgefordert "zu unseren Organisationsprinzipien zurückzukehren und die innerparteiliche Diskussion wieder

aufzunehmen."

Gerichtet war es an jene, die es gewagt haben, sich in einer Beratung über den 20. DKP-Parteitag auszutauschen, die kritische Fragen aufgeworfen haben, Sorge um den Weg und die Zukunft der DKP haben.

Bettina hat in ihrem Diskussionsbeitrag (der nicht gehalten werden durfte) auf kommunisten.de dargelegt, dass es das Recht von G+G ist, sich in eigenen Strukturen zu treffen um über alternative Politikansätze der DKP zu beraten.

Im Statut der DKP steht unter "Rechte und Pflichten" auch das Recht "einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben."

Seit Februar 2014 gibt es den Verein "marxistische linke", in dem sich Mitglieder der DKP, DIE LINKE, SPD, Gewerkschafter*innen, Menschen aus attac, der VVN-BdA und Bewegungen organisiert haben.

Leo und Bettina kamen nicht auf die Vorschlagsliste des PV.

Begründung: Sie sind führende Vertreter der marxistischen linken.

Natürlich ist es Sache des PV zu entscheiden, wer auf dessen Vorschlagsliste kommt. Aber gibt keinen Beleg für die Behauptung, dass es sich bei der marxistischen linken um eine gegen Partei gerichtete oder konkurrierende Struktur handelt.

Vom Parteivorstand der DKP wird behauptet, der Verein sei eine Plattform/Fraktion in der DKP.

Damit werden Mitglieder anderer Parteien einfach mal eben in die Partei integriert, um sodann gleich aufzufordern, wie vom Kreisvorstand DKP Gießen, "Den Liquidatoren das Handwerk zu legen."

Die Mitglieder dieses Vereins wollen "ein Netzwerk zur Förderung der Zusammenarbeit von Marxist*innen und Kommunist*innen aufbauen, unabhängig von ihrer sonstigen Organisations- oder Parteizugehörigkeit aufbauen. Wir wollen einen Rahmen bieten, um die gemeinsame Debatte um Analysen und Positionen zu den aktuellen Problemen der Zeit zu befördern und dabei alternative Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft aufzuzeigen." (Gründungserklärung)

Ziele des Vereins sind in der Satzung festgehalten, u.a.:

- „den Einfluss der marxistischen Gesellschaftsanalyse durch die Aktualisierung und Verbreitung marxistischen Wissens und dialektischen Herangehens zu verstärken;
- die Erforschung der Geschichte der kommunistischen und sozialistischen Bewegung;
- soziales und emanzipatorisches, ökologisches, antimilitaristisches sowie demokratisches und progressives Denken und Handeln zu fördern...
- die politische und ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse zu befördern;
- gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln und den Aufbau eines festen gesellschaftlichen und politischen Blockes gegen den Neoliberalismus zu befördern;
- im Sinne von Karl Marx "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...".

Das entspricht dem Anspruch unseres Parteiprogramms, in dem es heißt: "In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln.... (Programm DKP)

Das Rederecht in der Diskussion über den Leitantrag wurde strömungsmäßig reglementiert: Außer Uwe Fritsch wurde keine Diskussion von G+G zugelassen, die in den zur Debatte stehenden Fragen in Opposition zur PV-Mehrheit stehen.

Ein 3. Parteitags-Tag wurde beschlossen im Februar/März u.a. zu EL

Eine flächendeckende Beteiligung an Bundestagswahlen wurde ohne Diskussion beschlossen.

Fazit

Die DKP auf dem Weg zur DKP-ML

Aus der Erklärung der 5 ehemal. PV-Mitglieder:

„... Im Ergebnis stellen wir fest, dass der erste Teil dieses Parteitages die Partei noch tiefer gespalten zurücklässt.

Die Chance, in den nächsten Jahren weiter über die Zielrichtung und Inhalte der Partei zu diskutieren und gemeinsame Wege zu finden, wurde vertan.

Stattdessen wurden Beschlüsse gefasst, die einen großen Teil der Partei nicht repräsentieren und die Gefahr bergen, dass weitere Genossinnen und Genossen die Partei verlassen werden.

Um das zu verhindern, werden wir uns kritisch mit den Ergebnissen des Parteitages auseinander setzen und Wege diskutieren, wie wir auf der Grundlage des Programms aus dem Jahre 2006 unsere Arbeit weiter entwickeln....“

Es gibt in der Partei unterschiedliche Meinungen darüber, welche Perspektive eine DKP hat, die diesen ML-Kurs fortsetzt.

Eine Antwort wie „Dieses Land braucht eine kommunistische Partei“ greift da zu kurz.

Ob eine kommunistische Partei gebraucht wird hängt davon ab,

- ob diese Partei in der Lage ist neue Entwicklungen zu reflektieren und daraus Schlussfolgerungen für eine kommunistische Politik zieht,
- ob diese Partei in Bewegungen verankert ist, bereit ist in diesen Bewegungen nicht nur weitergehende Vorstellungen einzubringen, sondern von und in diesen Bewegungen auch zu lernen,
- ob diese Partei mit den Imperialismusanalysen und Losungen des letzten Jahrhunderts die Welt von heute und morgen zu erklären versucht oder ob sie den Marxismus auch als eine Denkmethode versteht, die weiterentwickelt und auf die heutigen Bedingungen angewandt werden muss.

Das alles erkenne ich in der heutigen DKP-Führung nicht mehr.